

Substanzielles Protokoll 202. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 13. Dezember 2013, 17.00 Uhr bis 19.01 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 6. | 2013/309 | Weisung vom 11.09.2013:
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf | FV |
| 12. | 2013/415 | A Postulat der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom
27.11.2013:
Überarbeitung des «Accounting Manuals», Präzisierung der
Vorgaben für die Dienstabteilungen mit Globalbudget | FV |

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Geschäfte

- 4564. 2013/309**
Weisung vom 11.09.2013:
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 201 vom 13.12.2013, Protokoll-Nr. 4564/2013).

Beschlüsse:

Antrag 170.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Walter Angst (AL): *Angesichts der finanziellen Situation der Zentralen Ausnüchternungsstelle (ZAS) muss der Aufwand in Grenzen gehalten werden. Die Ausgaben müssen reduziert werden. Dies ist zum einen bei den Sicherheitsdienstleistungen und zum anderen bei den medizinischen Leistungen möglich. Das Konzept muss angepasst werden. Wir schlagen vor, auf den Wochenendbetrieb zurückzugehen.*

Tamara Lauber (FDP): *Die FDP stellt die Eigenverantwortung der Nutzniesser dieser Einrichtung in den Vordergrund. In der momentanen finanziellen Situation darf der Steuerzahler nicht für Aufwendungen aufkommen müssen, die von Leuten verursacht werden, die sich vorsätzlich und willentlich derart betrinken, dass sie in die ZAS eingeliefert werden müssen. Wir beantragen die Streichung der budgetierten Leistung betreffend ZAS, Ambulatorium Kanonengasse und Suchthaus Frankental. Die diesen Institutionen zukommenden Leistungen werden auf verschiedenen Konten aufgelistet. Aufgrund mangelnder Transparenz ist es schwierig zu beurteilen, ob es wirklich notwendig ist, hier weitere Gelder zu sprechen. Eine Kürzung bei den Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter ist durchaus möglich.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Es geht nicht um die klassischen Dienstleistungen Dritter, bei denen zum Beispiel Aufträge für Studien an Externe vergeben werden. Es geht um Gesundheitsleistungen, die weiterverrechnet werden können, so zum Beispiel Arztleistungen des stadtärztlichen Diensts für die Suchtbehandlung Frankental, für die ärztliche Betreuung von ZAS-Klienten oder für das Ambulatorium Kanonengasse. Zudem wurde von einer Mehrheit des Gemeinderats die Weisung 2011/435 verabschiedet. Es ist daher nicht möglich, den Betrag zu streichen.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Der Gemeinderat hat entgegen den Ausführungen von Karin Rykart Sutter (Grüne) durchaus die Kompetenz, den Betrag zu reduzieren. Wenn die Defizite ausser Kontrolle geraten, kann der Gemeinderat dem Stadtrat selbstverständlich den Auftrag zur Kürzung geben. Wir haben hier einerseits Abweichungen der Belegungszahlen, andererseits im Konzept enthaltene Erträge, die nicht generiert werden können. Der Stadtrat soll prüfen, wie er durch eine Konzeptänderung dafür sorgen kann, dass wir nicht in eine Defizitwirtschaft hineingeraten.*

Karin Weyermann (CVP): *Die CVP hat die ZAS und auch die entsprechende Weisung unterstützt. Wir gingen bei der damaligen Abstimmung davon aus, dass die Stelle grösstenteils kostendeckend betrieben werden kann. Der Bezirksratsbeschluss, dass die Gebühren reduziert werden müssen, kam erst nach der Abstimmung. Wir sind gegen eine Abschaffung der ZAS und unterstützen als Zwischenlösung den Vorschlag der AL, auf den Wochenendbetrieb zurückzugehen.*

Niklaus Scherr (AL): *Läuft ein Projekt aufgrund übergeordneter Rahmenbedingungen aus dem Ruder und sind die ursprünglichen Rahmenbedingungen nicht mehr gegeben, sollte eine Neubeurteilung erfolgen. Man kann nicht sagen, man habe einen Entscheid auf einer gewissen Basis gefällt, diese habe sich geändert, aber man zahle weiter wie bisher. Die einzige Möglichkeit zur Schadensbegrenzung ist eine Reduktion der Leistungen.*

S. 235 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
3010 **Städtische Gesundheitsdienste**
3180 0000 **Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
170. Antrag Stadtrat			2 782 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	400 000		2 382 000	Minderheit 1	Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP)
	2 782 000		0	Minderheit 2	Urs Schmid (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP)
	Begründung: FDP: Betrifft die ärztliche Betreuung des ZAS Klienten. Solange Kosten nicht voll dem Patienten weiterverrechnet werden, unterstützen wir das Projekt nicht; AL/GLP: ZAS und generelle Reduktion				

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(2 782 000)	53 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(2 382 000)	52 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>18 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 71 gegen 54 Stimmen zugestimmt.

Antrag 171.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Marina Garzotto (SVP): Für die Produktegruppe 1, Pflege, Betreuung, Hotellerie, muss es möglich sein, wie in den Rechnungen der letzten drei Jahre einen Gewinn zu erarbeiten. Die gleiche Begründung gilt auch für die Produktegruppen 2, 3 und 4. Die Verwaltung argumentiert wiederholt damit, dass gewisse Ausgaben unumgänglich seien, weil dies so vom Kanton vorgegeben sei oder ein Stadtrats- oder Gemeinderatsbeschluss umgesetzt werden müsse. Unserer Meinung nach kann man immer sparen, wenn man will.

Samuel Dubno (GLP): Auch die Minderheit 2 befürwortet eine Saldoverbesserung in der Produktegruppe 1 und schlägt eine Reduktion vor von temporären Aktionen in der Öffentlichkeit, von Druckerzeugnissen und Projektbegleitungen. In der Rechnung 2012 hatten wir bei den temporären Aktionen in der Öffentlichkeit einen Betrag von

136 000 Franken, im Budget 2014 sind es 223 000 Franken. Bei den Druckkosten wurde der Betrag sogar fast verdoppelt. Diese zwei hochdotierten Konti allein sollten bereits ausreichen, um die Saldoverbesserung von 150 000 Franken zu erzielen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Weil die Pflegezentren neu mit einem Globalbudget arbeiten, ist es schwieriger, Vergleiche mit den Vorjahren anzustellen. Auch werden die Kosten für die Pflegezentren seit 2011 durch die Einführung des Pflegegesetzes vollumfänglich von den Gemeinden getragen. Pflageetage und Auslastung blieben auf einem hohen Niveau. Neu kommen die externe Pflegewohngruppe Grünmatt sowie das Haus A in Witikon und die Organisationseinheit Pflegezentrum Bombach hinzu. Ein Anstieg der Ein- und Austritte führt zu mehr Arbeit. Die 43,5 budgetierten Stellen sind für die neuen Pflegewohngruppen und das Pflegezentrum vorgesehen. Bei steigendem Aufwand werden erst zwei Jahre später genügend Erträge generiert. Im Bereich Hotellerie und Betreuung dürfen in den Pflegezentren keine Gewinne gemacht werden. Das Korsett bei diesem Budget ist sehr eng. Die Pflegezentren müssen trotzdem funktionieren können.

S. 239	30 3020 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Pflegezentren der Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
171.	Antrag Stadtrat				1 512 400	Mehrheit
			2 000 000		- 487 600	Minderheit 1
			150 000		1 362 400	Minderheit 2
		Begründung:	GLP/FDP: Weniger temporäre Aktionen in der Öffentlichkeit, Druckerzeugnisse und Projektbegleitungen Dritte; SVP: Saldoverbesserung in der PG durchsetzen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(1 512 400)	58 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(- 487 600)	28 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(1 362 400)	<u>38 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 63 gegen 61 Stimmen zugestimmt.

Antrag 172.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Wortmeldung der Kommissionsminderheit siehe Antrag 171.

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Es geht um die ambulante Unterstützung und Beratung. Der Saldo wird gegenüber dem Vorjahr um rund 200 000 Franken verbessert. Im Übrigen gelten die gleichen Begründungen wie bei Antrag 171.*

S. 239	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3020	Pflegezentren der Stadt Zürich			
	PG 2	Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
172.	Antrag Stadtrat			1 341 100	Mehrheit
		500 000		841 100	Minderheit
		Begründung: Saldoverbesserung in der PG durchsetzen			
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 173.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Wortmeldung der Kommissionsminderheit siehe Antrag 171.

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Der budgetierte Saldo bei den Nebenleistungen ist um 10 000 Franken tiefer als im Vorjahr. Der Umsatz der Cafeterias, der Krippen und der Personalhäuser wird nochmals höher als im Vorjahr budgetiert. Doch eine Saldoverbesserung von 1 Million Franken ist bei dieser Produktgruppe unrealistisch.*

S. 239	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3020	Pflegezentren der Stadt Zürich			
	PG 3	Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
173.	Antrag Stadtrat			2 690 900	Mehrheit
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

1 000 000	1 690 900	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
Begründung: Saldoverbesserung in der PG durchsetzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 174.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Die Aus- und Weiterbildung bei den Pflegezentren ist wichtig. In den letzten Jahren betragen die Ausgaben immer rund 1,3 Millionen Franken. Für das nächste Jahr ist nun eine Ausgabe von über 1,7 Millionen Franken budgetiert. Wir beantragen eine Saldoverbesserung von 150 000 Franken. Der Betrag ist somit immer noch höher als derjenige von 2013. Das sollte ausreichen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Kosten auf den Einzelkonten von Aus- und Weiterbildung steigen zwar an, der Saldo in dieser Produktegruppe verbessert sich aber insgesamt. Im Jahr 2014 werden 235 Lehrstellen angeboten, 15 mehr als im Vorjahr. Im ausgetrockneten Arbeitsmarkt im Bereich Pflege braucht es Lösungen. Ein Weg ist, mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Es wäre falsch, gerade im Bereich Jugend und Bildung zu sparen.

S. 239	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3020	Pflegezentren der Stadt Zürich			
	PG 4	Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
174.	Antrag Stadtrat			5 158 200	Mehrheit
		150 000		5 008 200	Minderheit
		Begründung: Überbudgetiert			
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 61 Stimmen zu.

Antrag 175.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Die Abläufe und die Organisation der Alterszentren sind kritisch zu hinterfragen. Infolge des ausgetrockneten Arbeitsmarkts sollte nur wo nötig auf temporäre Arbeitskräfte zurückgegriffen werden. Brachliegende Ressourcen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sollen bei personellen Engpässen besser aktiviert werden, indem die Arbeitsplätze auf die heute gängigen Lebensmodelle angepasst werden. Auch die

Personalbestände in der Administration sind zu überprüfen. Bei den quartierbezogenen Leistungen vertreten wir die Meinung, dass bei den Dienstleistungen für die Quartierbevölkerung die Programme gestrafft und der finanziellen Situation der Stadt angepasst werden müssen, vor allem im Bereich der Dienstleistungen und Infrastrukturen der Alterszentren.

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Der Negativsaldo von 8,5 Millionen Franken ist auf stagnierende Erträge und steigenden Aufwand zurückzuführen. Auf der einen Seite steigen die Personalkosten an. Der Markt ist ausgetrocknet, es braucht temporär Angestellte. Auf der anderen Seite schlägt bei den Erträgen die Umstellung auf die zwölfstufige Pflegekostenabrechnung und die Angleichung der Kalibrierung zu Buche, die nicht mit der Erhöhung der Pflegekosten ausgeglichen werden können. Es ist bekannt, dass die Dienstabteilung Altersheime am meisten Mühe hat, qualifiziertes Pflegepersonal zu finden. Von brachliegenden Ressourcen beim Personal kann nicht gesprochen werden. Im Gegenteil: Die Angestellten stehen unter einem hohen Druck und müssen sehr viel arbeiten. Man ist daran, die Abläufe zu überprüfen. Eine Saldoverbesserung um 1,5 Millionen Franken auf dieser Produktegruppe ist völlig unrealistisch.*

S. 240	30 3026 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Alterszentren Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
175.	Antrag Stadtrat			-8 588 100	Mehrheit
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			1 500 000	-10 088 100	Minderheit
					Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		Begründung:	Saldoverbesserung in der PG durchsetzen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 24 Stimmen zu.

Antrag 176.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Wortmeldung der Kommissionsminderheit siehe Antrag 175.

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Bei den quartierbezogenen Leistungen werden für das nächste Jahr noch mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwartet. Es ist klar, dass diese Zunahme nicht saldoneutral stattfinden kann. Es handelt sich insbesondere für die ältere Bevölkerung, die noch nicht im Altersheim wohnt, um ein sehr gutes Angebot.*

S. 240 30
3026
PG 2

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Alterszentren Stadt Zürich
Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
176. Antrag Stadtrat			3 536 800	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	1 000 000		2 536 800	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
	Begründung: Saldoverbesserung in der PG durchsetzen				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 24 Stimmen zu.

4579. 2013/415

**Postulat der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 27.11.2013:
Überarbeitung des «Accounting Manuals», Präzisierung der Vorgaben für die
Dienstabteilungen mit Globalbudget**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Roger Liebi (SVP) begründet namens der RPK das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4518/2013): Die RPK ist erstaunt, wie die Globalbudgetierung stattgefunden hat, insbesondere im Bereich des Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD). Das Postulat gilt aber für alle Dienstabteilungen mit Globalbudgets oder Produktgruppen mit Globalbudgets. Einzelne Produkte oder Produktgruppen wurden auf das Budget hin geändert, ohne dass der Gemeinderat eine Möglichkeit gehabt hätte, mitzuwirken. Der Gemeinderat sollte auch bei den Globalbudgets eine Chance haben, die Produktdefinitionen zu diskutieren oder mitzugestalten. Wir bitten den Stadtrat, mögliche Vorgehensweisen zu prüfen. Der Gemeinderat muss im Rahmen der Transparenz und der Budgethoheit eine Möglichkeit haben, auf die Globalbudgets einzuwirken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Das GUD hat tatsächlich bereits ab 1. Januar 2013 die Produktdefinitionen geändert, obwohl in der Version für 2013 eine andere Definition enthalten war. Hier liegt klar eine Verletzung der Globalbudgetverordnung vor. Wenn sich kurzfristig Veränderungen ergeben, muss das Parlament miteinbezogen werden und die Bestimmungen müssen formal geändert werden. Es lag jedoch ein Missverständnis vor. Der Stadtrat ging von anderen Vorgaben aus. Er diskutierte deshalb eine Ablehnung des Postulats. Mittlerweile ist klar, dass in diesem Fall rückwirkend eine Anpassung vorgenommen wurde. Der Ärger der RPK ist nachvollziehbar. Wir haben uns entschieden, das Postulat zur Kenntnis zu nehmen und verstehen es als klaren Auftrag. Formal gesehen müssen die Definitionen dem Parlament vorgelegt werden. Dieser Fehler darf sich nicht wiederholen.

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): *Wir gehen in der RPK davon aus, dass die im Beschlussteil aufgeführten Produkte und Leistungen, die eine Dienstabteilung anbieten muss, für die Dienstabteilung bindend sind, bis der Gemeinderat etwas anderes sagt. Es geht nicht an, dass der Gemeinderat erst nach einer bereits getätigten Änderung darüber informiert wird. Man müsste weiter noch diskutieren, wie die Empfehlungen des Stadtrats über das Accounting Manual an die Dienstabteilungen weitergegeben werden. Gewisse Dinge können nicht mehr angeboten werden, wenn die Situation über übergeordnetes Recht geändert wird. Wenn etwas gestrichen werden soll, muss zuerst die Zustimmung des Gemeinderats eingeholt werden. Die Kompetenzen müssen beachtet werden. Zuständige Gremien müssen informiert werden. Das Verfahren sollte dialogischer werden.*

Das Postulat wird mit 125 gegen 0 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4564. Antrag 178.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Bei den stationären Versorgungen schlagen wir eine Verbesserung von 5 Millionen Franken vor. Wir wissen, welche Herausforderungen durch die Akutgeriatrie bestehen. Im Stadtspital Waid gibt es aber mehr als Akutgeriatrie. Ein kommunales Spital im Kanton Bern hat erst nach einer Privatisierung keine Defizite mehr geschrieben. Wir erwarten vom Waidspital, dass auch im Bereich der medizinischen und chirurgischen Klinik besser gearbeitet wird. Wir erwarten ein besseres Ergebnis im nächsten Jahr und sind zuversichtlich, dass das auch erreicht werden kann.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Es wurden tiefe Baserates festgesetzt, die nun auch vor dem Bundesverwaltungsgericht angefochten wurden. Wenn Fälle doppelt so viel kosten, wie sie Baserates erhalten, ist es nicht erstaunlich, dass ein Defizit entsteht. Das Stadtspital Waid hat sich auf die Akutgeriatrie spezialisiert. Es kann nicht sein, dass etwas nicht gut ist, weil es nicht rentiert. Hier wird Druck gemacht, obwohl man weiss, dass die Saldoverbesserung gar nicht möglich ist. Ich verstehe die Argumentation nicht, dass besser gearbeitet werden muss. Das Stadtspital Waid hat klar gesagt, dass es nicht rentiert und darum die Baserate angefochten.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung:

STR Claudia Nielsen: *Die Behandlungskosten haben auch damit zu tun, dass bei älteren Menschen der Heilungsprozess länger dauert. Die Klinik für Akutgeriatrie ist zudem die einzige Klinik im Kanton Zürich, die mit 72 Betten einen grossen Teil zum Versorgungsauftrag des Kantons beiträgt und einen definitiven Leistungsauftrag hat. Der grosse Teil des Defizits kommt daher. Deshalb haben wir auch die Baserate angefochten. Ebenfalls zu berücksichtigen ist, dass der Kanton mit der Einführung des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes die A-fonds-perdu-Beiträge an Infrastrukturinvestitionen sozusagen über Nacht in Darlehen umgewandelt hat, die verzinst und zurückgezahlt werden müssen. Wir können nur versuchen, das Beste daraus zu machen. Wir bewegen uns auf dünnem Eis. Dass ausgerechnet die SVP dagegen ist, dass ältere Menschen spezialisierter oder schneller behandelt werden, erstaunt mich. Trimesterweise zu vergleichen, wer das bessere Management hat, wo man strategisch hin möchte*

und wo man streichen möchte, macht in einer Zeit nicht viel Sinn, in der die Spitallandschaft derart stark in Bewegung ist und in der so viele Spitäler nicht wissen, wie sie ihre Erneuerungen überhaupt bewerkstelligen können. Es muss eine Balance gefunden werden zwischen der für die Bevölkerung angebotenen Behandlung und der Wirtschaftlichkeit.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Daniel Regli (SVP): Es geht uns nicht darum, die alten Menschen zu beuteln. Es geht uns um das Mass, um die goldene Mitte. Wir sind überzeugt, dass es trotz einer guten medizinischen Begleitung alter Menschen möglich ist, im nächsten Jahr bei Aufwand und Ertrag etwas zu ändern. Man muss auch beobachten, wie sich die kürzlich lancierte Halbprivat-/ Privatstation entwickelt. Wenn wir nicht überzeugt wären, dass es im Waid Optimierungspotenzial gäbe, würden wir die Kürzung nicht vorschlagen.

S. 241	30 3030 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT				
		Stadtspital Waid				
		Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
178.	Antrag Stadtrat			10 784 100	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
		5 000 000		5 784 100	Minderheit	
		Begründung: Saldoverbesserung in der PG durchsetzen				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 179.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): Es geht um den Erneuerungsunterhalt von Liegenschaften. Die Minderheit stellt den Antrag, auf nicht dringend nötigen Unterhalt momentan zu verzichten sowie anfallende Arbeiten kostengünstiger ausführen zu lassen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Wo sollen die 500 000 Franken eingespart werden? Die RPK ist der Meinung, dass die Unterhaltsarbeiten Sinn machen und auf dem Konto keine Kürzungen vorgenommen werden sollen.

Weitere Wortmeldung:

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Wir sollten darauf achten, dass Spitäler möglichst effizient und dem neusten Stand entsprechend arbeiten können. Wenn zum Beispiel die Erneuerung der Zentralsterilisation gestrichen wird, haben wir unter Umständen später Infektionen, die weit grössere Kosten verursachen.

S. 241	30 3030 500001	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Waid Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
179.	Antrag Stadtrat				2 540 000	Mehrheit
			500 000		2 040 000	Minderheit
			Begründung: Auf nicht dringend nötigen Unterhalt ist zu verzichten sowie kostengünstiger umzusetzen.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 58 Stimmen zu.

Antrag 180.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Es geht um die Anschaffung von Mobiliar, Geräten, Fahrzeugen, Büromaschinen und übrigen Mobilien im Stadtspital Waid. Die SVP-Fraktion beantragt eine Kürzung um 400 000 Franken. Aufgrund der finanziellen Lage sollten die Investitionen kritisch hinterfragt werden. Investitionen in neue Geräte und Fahrzeuge sollen nur wenn absolut notwendig vorgenommen werden. Gerade bei Fahrzeugen muss man prüfen, ob jeweils gerade alle Fahrzeuge wieder beschafft werden müssen. Des Weiteren schlagen wir vor, auf Investitionen im Bereich Marketing zu verzichten.

Tamara Lauber (FDP): Die FDP-Fraktion stimmt zu, dass man diese Investitionen angesichts der finanziellen Situation kritisch hinterfragen sollte. Insbesondere sollte abgeklärt werden, ob neue Investitionen nicht auch zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden könnten. Anders als die SVP beantragen wir lediglich eine Kürzung von 200 000 Franken.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Mehrheit der RPK hält die Anschaffungen für sinnvoll.

S. 241	30 3030 500002	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Waid Anschaffungen von Maschinen, Geräten, Fahrzeugen, Büromaschinen und übrigen Mobilien				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
180.	Antrag Stadtrat				400 000	Mehrheit
			400 000		0	Minderheit 1
			Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)			

200 000	200 000	Minderheit 2	Urs Schmid (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP)
Begründung: FDP: Neuinvestitionen später realisieren; SVP: Insbesondere auf Investitionen im Bereich Marketing kann verzichtet werden			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(400 000)	76 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	24 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(200 000)	<u>24 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 181. bis 183.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): Die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und kantonaler Ebene im Spitalwesen haben sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Auch die medizinische und strukturelle Entwicklung sowie Controlling- und Rechnungslegungsanforderungen führten dazu, dass die Führung von Spitälern als städtische Dienstabteilungen nicht mehr die geeignete Organisationsform darstellt. Die FDP hält den momentanen Zeitpunkt für den geplanten Ausbau des Stadtspitals Triemli für ungeeignet. Neben den zahlreichen offenen Fragen zur Strategie müssen in erster Linie die wesentlichen Fragen betreffend der Auswirkung einer Ausgliederung geprüft werden. Vor diesem Hintergrund und aus betriebswirtschaftlicher Sicht lehnt die FDP den geplanten Stellenausbau ab. Mit dem Stellenausbau wird zwar das Volumen des Stadtspitals Triemli hochgefahren, der Ausbau geht allerdings zulasten des Steuerzahlers.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Wir vertreten bei allen drei Anträgen zum Triemli die gleiche Begründung: Die Wachstumsstrategie. Das Stadtspital hat sich für diese entschieden, damit die Kosten für die Abschreibungen und die Zinskosten für das neue Bettenhaus überhaupt bezahlt werden können. 2020 soll auch das Hauptgebäude saniert sein, was die Kosten bei den Abschreibungen und den Zinskosten weiter in die Höhe treibt. Die Wachstumsstrategie ist nicht nur für das nächste, sondern auch für die nachfolgenden Jahre angedacht. Es sind 97 neue und unbefristete Stellen budgetiert. Das kostet für das nächste Jahr 12 Millionen Franken. Dem gegenüber stehen Einnahmen von 20 Millionen Franken. Man wächst dort, wo es rentiert. Ob es sinnvoll ist, wenn man im Gesundheitsmarkt nur noch überleben kann, wenn man auf lukrativen Gebieten wächst, sei dahingestellt. Vielleicht ist mit der neuen Spitalfinanzierung kein anderer Weg als der des Konkurrenzkampfs möglich. Man muss diese Entwicklung kritisch begleiten. Die Spitälerstrategie wurde auf verschiedenen Konten budgetiert und wird zudem extern begleitet. Der Weg des Triemlispitals ist unterstützenswert.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Dubno (GLP): *Unser Gesundheitswesen wird Jahr für Jahr teurer, die Krankenkassenprämien steigen. Wenn das Triemli mehr Geld verdient, produziert es auch mehr Kosten. Man könnte durchaus kritisch über die Wachstumsstrategie nachdenken und sie überprüfen, aber nicht in diesem Rahmen. In den letzten Monaten wurde immer wieder auf das Waid eingepregelt und das Triemli als Vorbild dargestellt. Nun heisst es wieder, dort, wo es vorwärts geht, soll die Wachstumsstrategie eingefroren werden. Diese Zeichen sind verwirrend. Wir stehen den Wachstumsstrategien kritisch gegenüber, werden der Kürzung aber nicht zustimmen.*

Michael Schmid (FDP): *Die Mehrheit sagte, das Stadtspital habe sich für eine Wachstumsstrategie entschieden. Wir diskutieren über Ausgliederungen und neue Modelle. Wir haben sie noch nicht. Was steckt da für eine Strategie dahinter? Man schaut sich den gesamten Spitalmarkt an und sucht sich diejenigen Fälle heraus, bei denen man ein gutes Geschäft wittert. Das kann nicht sein. Man muss diese Strukturen dringend überprüfen, auch im Kontext dessen, was im Gesundheitswesen im Kanton und in der Schweiz generell geschieht.*

Andreas Kirstein (AL): *Die Strategie der FDP und des Gesundheitsdirektors des Kantons ist, die Spitäler kaputt zu sparen und sie damit reif für den Markt zu machen. Dann werden sie mit den Themen und Aufgaben ausgegliedert, die auf dem Markt Gewinn abwerfen. Der Rest bleibt bei der Stadt. Die Wachstumsstrategie beinhaltet hohe Risiken. Diese müssen eng begleitet werden. Ein Stellenwachstum beinhaltet solche Risiken. Aber die Strategie ist nach wie vor alternativlos. Dass es so weit gekommen ist, liegt an der bürgerlichen Seite, die im Kanton und im ganzen Land dafür verantwortlich ist. Es müssen ungehindert gute Lösungen gefunden werden können.*

Roger Tognella (FDP): *Die Gesundheitspolitik wurde nicht nur von der bürgerlichen Seite geprägt. Wenn es um Gesundheit geht, sind vor allem linke Politiker gar nicht interessiert, das Problem wahrzunehmen. Sie lassen es eskalieren. Die Wachstumsstrategie im Triemli ist kritisch zu hinterfragen und zu begleiten. Man will Geld für eine Wachstumsstrategie ausgeben, die einen Treiber darstellen wird. Wie wird man ihn wieder los? Wird es überhaupt einen Gewinn geben? Wir wollen nicht, dass die Stadtspitäler keine Existenzberechtigung mehr haben oder negativ wirtschaften müssen. Doch wir wehren uns gegen abstruse Business Cases in Verantwortung der Stadtkasse und auf dem Buckel der Steuerzahler. Wir können das nicht heute im Rahmen eines Budgetentscheids abhandeln. Das Wachstumskonzept muss genau überprüft werden.*

Tamara Lauber (FDP): *Wir lehnen nicht die Strategie als solche ab oder dass das Triemli mehr Gewinn generieren will. Doch bei zu vielen Faktoren ist unklar, ob sie zutreffen werden. Gemäss Aussagen des Stadtrats zeigen die Erfahrungen der vergangenen Jahre, dass es dem Triemli gelingt, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Der ärztliche Direktor desselben Spitals sagte jedoch im August in den Medien, dass er die Suche nach guten Ärzten mit grosser Besorgnis verfolge und es insbesondere auf leitender Stufe merklich schwieriger werde, gutes Personal zu finden. Gerade international renommierte Ärzte werden damit gewonnen, dass man möglichst viele Fälle hat. Das bedeutet, dass das Zentrum wachsen muss. Der Stadtrat geht zudem davon aus, dass ein Viertel der Erträge allein durch die gesamte Herzchirurgie eingenommen wird. Doch gerade hier besteht ein Streit zwischen Kanton und Stadt. Wenn es zu keiner Lösung kommt, wird vielleicht sogar die ganze Herzchirurgie an das Universitätsspital Zürich (USZ) gehen.*

Roger Liebi (SVP): *Es besteht tatsächlich ein Risiko. Ich verstehe nicht, wie man die Wachstumsstrategie propagieren kann und ihr blauäugig nachrennt. Die Strategie mit der Herzchirurgie ist offensichtlich gescheitert. Nun soll ausgerechnet eine Wachstumsstrategie gemacht werden, die auf der Herzchirurgie basiert und es wird davon ausgegangen, dass das deutlich mehr Gewinn bringt. Meiner Meinung nach sollte man zuerst die neuen Voraussetzungen prüfen. Es besteht auch die Möglichkeit, dass die Herzzentren zusammengelegt werden könnten. Es wäre zu früh, ein derartiges Risiko einzugehen. Im Übrigen besteht generell ein Ärztemangel. Man kann doch nicht auf Vorrat eine Wachstumsstrategie machen, wenn man nicht weiss, woher man das Personal nehmen soll. Im Moment haben wir mehr Risiken als Chancen. Unternehmerisch denkend sollte man in diesem Moment die Risiken nicht eingehen. Die Voraussetzungen haben sich verändert. Die Situation muss neu überdacht werden.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung:

STR Claudia Nielsen: *Ist ein Spital ein Unternehmen oder ein Objekt, das möglichst viel Gewinn abwerfen muss, oder ist es ein Ort, wo Leistungen für Patientinnen und Patienten möglichst gut angeboten werden? Der Rat entscheidet heute nicht über die Strategie der Stadtspitäler, sondern über den Saldo des Globalbudgets einer Produktgruppe und über die entsprechenden Steuerungsgrössen. Bei den Verhandlungen zwischen dem USZ und dem Triemlihospital braucht es für eine Kooperation beide Seiten. Ich hoffe, dass wir in den Verhandlungen weiterkommen werden. 2007 wurde in einer Volksabstimmung mit einer Mehrheit von 90 % der Kredit für das neue Bettenhaus im Triemli genehmigt. Dafür braucht es die erforderlichen Stellen. Insbesondere während der Bau-phase ist die Situation kompliziert. Wird das Personal nicht bewilligt, wird das Resultat schlecht ausfallen. Die Spitäler erhalten die Leistungsaufträge des Kantons, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllen. Das gehört zum Spitalwesen. Die Planung und Sicherstellung der Versorgungssicherheit im Akutspitalbereich ist eine kantonale Aufgabe. Es ist eigenartig, wenn man den beiden Stadtspitalern einen Vorwurf daraus macht, dass sie sich um Leistungsaufträge bemühen und sie dann noch erhalten.*

Persönliche Erklärung:

Roger Liebi (SVP) hält eine persönliche Erklärung zu möglichen Folgekosten beim neuen Bettenhaus des Stadtspitals Triemli.

S. 242		30 3035 PG 1		GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Triemli Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo		
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
181.	Antrag Stadtrat			-27 433 800	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			2 500 000	-24 933 800	Minderheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)
		Begründung: Wachstumsstrategie des Stadtrats überzeugt nicht und muss grundlegend überdacht werden. Vor weiterem Stellenausbau muss zuerst die Rechtsform und eine mögliche Ausgliederung überdacht werden.				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 182.

Wortmeldungen siehe Antrag 181.

S. 242	30 3035 PG 2	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Triemli Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
182.	Antrag Stadtrat				-14 485 900	Mehrheit
				500 000	-13 985 900	Minderheit
			Begründung: Wachstumsstrategie des Stadtrats überzeugt nicht und muss grundlegend überdacht werden. Vor weiterem Stellenausbau muss zuerst die Rechtsform und eine mögliche Ausgliederung überdacht werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 183.

Wortmeldungen siehe Antrag 181.

S. 242	30 3035 PG 3	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtspital Triemli Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
183.	Antrag Stadtrat				19 311 900	Mehrheit
				200 000	19 511 900	Minderheit
			Begründung: Wachstumsstrategie des Stadtrats überzeugt nicht und muss grundlegend überdacht werden. Vor weiterem Stellenausbau muss zuerst die Rechtsform und eine mögliche Ausgliederung überdacht werden.			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 184.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Wortmeldung der Kommissionsminderheit siehe Antrag 179.

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Es geht um Umnutzungen, Sanierungen von Liftanlagen, Lüftungen, Brandschutz und mehr. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass man diese Sanierungen nicht hinausschieben sollte.*

S. 242	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3035	Stadtspital Triemli			
	500001	Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
184.	Antrag Stadtrat			7 900 000	Mehrheit
		1 000 000		6 900 000	Minderheit
					Enthaltung
		Begründung: Auf nicht dringend nötigen Unterhalt ist zu verzichten sowie kostengünstiger umzusetzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 45 Stimmen zu.

Antrag 185.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): *Die RPK-Minderheit ist der Ansicht, dass auf nicht dringend nötigen Unterhalt verzichtet werden soll und Anschaffungen kostengünstiger getätigt werden sollen.*

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Die Mehrheit der RPK erachtet die Anschaffungen als sinnvoll. Der Ersatz von defekten Patientenbetten macht Sinn. Auch die Erweiterung bei der zentralen Sterilgutversorgungsabteilung ist sinnvoll.*

S. 242	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3035	Stadtspital Triemli			
	500002	Anschaffungen von Maschinen, Geräten, Fahrzeugen, Büromaschinen und übrigen Mobilien			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
185.	Antrag Stadtrat			5 440 000	Mehrheit

1 000 000	4 440 000	Minderheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)
		Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)
Begründung: Auf nicht dringend nötigen Unterhalt bzw. Investitionen ist zu verzichten sowie kostengünstiger umzusetzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 59 Stimmen zu.

Antrag 186.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Im Hintergrund dieses Antrags für eine Stellenschaffung im Umwelt- und Gesundheitsschutz steht eine Stellenübertragung. Im Waidspital wurde eine Stelle mit einem Jahreseinkommen von 60 000 Franken abgeschafft, im Umwelt- und Gesundheitsschutz wird eine Stelle für 150 000 Franken neu aufgebaut. Die Stelle ist offenbar von strategischer Bedeutung und wurde im Rahmen der Umweltdelegation vom Stadtrat beschlossen. Es soll überprüft werden, wie effizient die Strukturen sind, die der Stadtrat für die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft aufbauen will. Unserer Meinung nach sollte der Stadtrat hier nochmals über die Bücher gehen, einen anständigen Stadtratsbeschluss für diese Stelle vorlegen und die Redundanzen überprüfen, die es zwischen den sich mit Energieplanung beschäftigenden Abteilungen gibt.

Marina Garzotto (SVP): Die SVP ist der Ansicht, dass man nicht dauernd mehr Personal in die Verwaltung einstellen sollte. Gewisse Aufgaben fallen nach einer gewissen Zeit teilweise oder ganz weg. Frei werdendes Personal kann dann neue Arbeiten übernehmen. Gewisse Aufgaben sind für die SVP übertrieben, zum Beispiel das Engagement in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft. Diese sind unserer Meinung nach utopisch und zu grün. Es wird unglaublich viel in dieses Ziel investiert, das schlussendlich doch nicht erreicht werden kann.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die 2000-Watt-Gesellschaft wurde von der Stimmbevölkerung begrüsst. Wir müssen uns beeilen, um das Ziel zu erreichen. Gemäss Personalabteilung ist es rechtlich möglich, innerhalb des gleichen Departements eine Stellenverschiebung vorzunehmen. Die Stelle für die operative Energieplanung ist auf den 1.1.2014 geplant. Die Beratungsaufgaben rund um Wärme- und Kälteversorgungssysteme werden auch für private Liegenschaftsbesitzer gemacht. Sie sind nicht kostenlos, es wird somit auch wieder Geld zurückfliessen. Ob es wirklich saldoneutral werden wird, wird sich zeigen. Grundsätzlich müssen wir diesen Weg aber gehen.

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): In einem Stadtratsbeschluss wird die gesamte Organisationsstruktur dargestellt. Doch davon, dass in dieser Dienstabteilung die operative Energieplanung aufgebaut wird, steht nichts. Es wurde allgemein beschrieben, was man aufbauen könnte und wer wofür zuständig wäre. Hier kurz innezuhalten und alles sauber aufzugleisen, wäre auch der Effizienz der eingeleiteten Massnahmen dienlich.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung:

STR Claudia Nielsen: Der Gemeinderat hat mit einer grossen Mehrheit die sogenannten Klimafonds-Vorstösse überwiesen. Wir haben ausführlich erklärt, warum man aus finanzrechtlichen Gründen keine solchen Fonds bilden kann. In der Kommission wurde gewünscht, dass man die Energieverbunde fördert. Darum geht es hier. Es geht um einen Auftrag, der umgesetzt werden muss. Bau- oder erneuerungswillige Personen müssen kompetent und unbürokratisch beraten werden können, so dass sie in einer ökonomischen und ökologischen Sicht möglichst effizient bauen können. Das war meines Erachtens der Wunsch der Mehrheit des Gemeinderats. Unabhängig davon, ob das nun durch eine Übertragung einer Stelle passiert: Es muss finanziert werden.

Weitere Wortmeldung:

Niklaus Scherr (AL): Die Exekutive sollte ihre Verantwortung wahrnehmen und Gemeinderatsbeschlüsse mit dem nötigen Blick auf die Effizienz und auf die Vermeidung von Doppelspurigkeiten umsetzen. Es wird zu oft mit der 2000-Watt-Gesellschaft argumentiert. Bei dieser Aufgabe sollte es möglich sein, dass vorhandene Ressourcen ausgenützt werden.

S. 244	30 3045 3010 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
186.	Antrag Stadtrat			15 927 400	Mehrheit
		150 000		15 777 400	Minderheit 1
		1 592 700		14 334 700	Minderheit 2
		Begründung: SVP: Effizienzsteigerung, Kürzung Personal 10 %; AL/GLP/FDP: Stellen-Ausbau Energieberatung ordentlich beim Stadtrat beantragen und Saldo-neutralität ausweisen			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(15 927 400)	54 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(15 777 400)	47 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(14 334 700)	<u>24 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 71 gegen 54 Stimmen zugestimmt.

Antrag 187.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): Die Verwaltung konnte den Zweck der Personalwerbung nicht belegen. Gemäss ihren Antworten werden Stellenausschreibungen grundsätzlich gratis auf verschiedenen Websites inseriert. Wir verstehen nicht, weshalb die Verwaltung dennoch einen Betrag auf diesem Konto budgetiert.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Wir sind der Meinung, dass der Betrag für die Personalwerbung nicht gestrichen werden sollte. Es braucht bestimmt etwas mehr als 0 Franken.

S. 244	30 3045 3092 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Personalwerbung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
187.	Antrag Stadtrat				44 900	Mehrheit
			44 900		0	Minderheit
			Begründung: Zweck der Werbung konnte von der Verwaltung nicht belegt werden (Stellenausschreibungen sind elektronisch geschaltet und gratis)			
						Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 188.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Marina Garzotto (SVP): Die SVP beantragt eine Kürzung des Betrags. Auf diesem Konto befinden sich zu viele unnötige Aufwendungen, so etwa Prophylaxekosten für Mitarbeitende. Nicht alle Menschen brauchen Rückenmassagen, auch nicht alle, die eine körperlich belastende Arbeit ausführen. Wer eine möchte, sollte diese privat bezahlen.

Tamara Lauber (FDP): Gemäss der Antwort der Verwaltung fallen unter diesen Posten Massagekosten, geleitetes Rückentraining über Mittag oder Geschenke für Dienstjubiläen. Hier Abstriche zu machen, schmerzt niemanden. Im Gegenteil. Ich bin enttäuscht von der Verwaltung, dass sie offensichtlich kein Interesse hat, zu sparen. Genau bei solchen Posten würde man sehen, ob ein Sparwille vorhanden ist.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Gemäss der Antwort der Verwaltung müssen die Kosten für die Rückenmassagen von den Personen selber bezahlt werden. Eine Ausnahme bilden die Personen, die auf dem Schlachthof arbeiten. Diesen wird ein Drittel bezahlt. Es sind hier auch Geschenke für Lehrabschlüsse budgetiert. Das ist bestimmt auch im stadträtlichen Reglement so vorgesehen.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): *In solchen Momenten müssen wir über Wichtiges und Wünschbares sprechen. Mit einem finanzpolitischen Gewissen können wir uns Rückenmassagen für das Personal nicht leisten. Irgendwo muss man versuchen, Abstriche zu machen. Die kommende Phase wird für die Leute nicht angenehm sein. Dazu muss man stehen. Will man Zeichen setzen und etwas tun, muss man auch Dinge streichen, die bis anhin von den Leuten geschätzt wurden. Wir haben ein systemisches Defizit. Die Ausgaben sind nicht mehr kontrollierbar. Darum muss man dort beginnen, wo man sie kontrollieren kann. Für Massagen werden zudem Räume benötigt, die wiederum Kosten mit sich bringen.*

S. 244	30 3045 3099 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
		Umwelt- und Gesundheitsschutz			
		Übriger Personalaufwand			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
188.	Antrag Stadtrat			50 000	Mehrheit
		50 000		0	Minderheit 1
		25 000		25 000	Minderheit 2
		Begründung: FDP: Auf unnötige Aufwendungen verzichten; SVP: Umfasst nicht zwingend nötige Aufwendungen (z. B. Rückenmassage für Mitarbeitende)			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(50 000)	77 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	24 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(25 000)	<u>24 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 189.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Es geht um temporäre Aktionen in der Öffentlichkeit beim Umwelt- und Gesundheitsschutz. Allein 280 000 Franken sind für eine forcierte Kommunikation in den Quartieren über die 2000-Watt-Gesellschaft eingestellt, für Infoveranstaltungen, Messeauftritte und mehr. 130 000 Franken sind für Aktivitäten im Bereich Energie-Coaching eingestellt und 170 000 Franken, um alternative Energieverbände in den Quartieren zu forcieren. Eine Kürzung von 300 000 Franken ist durchaus möglich.

Karin Rykart Sutter (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit zurück: Wir haben bereits bei Antrag 1 der Budgetdebatte eine tabellarische Kürzung von 209 900 Franken im Umwelt- und Gesundheitsschutz vorgenommen. Diese Kürzung sollte ausreichen.

Weitere Wortmeldung:

Samuel Dubno (GLP): Auch die GLP ist der Meinung, dass die tabellarische Kürzung ausreicht und hier nicht noch zusätzlich gekürzt werden sollte.

S. 244	30 3045 3107 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
		Umwelt- und Gesundheitsschutz			
		Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
189.	Antrag Stadtrat			699 700	
		70 000		629 700	Minderheit
				300 000	Mehrheit
					Enthaltung
		Begründung: SVP/FDP/GLP: Angesichts Defizit 2014 PR-Aktionen reduzieren; Grüne/SP: Zunahme von Fr. 250 000 gegenüber Rg. 2012 muss reichen			

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 78 gegen 47 Stimmen zugestimmt.

Antrag 190.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Es geht um die Anschaffung von Maschinen, Geräten, Fahrzeugen, Büromaschinen und übrigen Mobilien im Umwelt- und Gesundheitsschutz. Aufgrund der allgemeinen Lage der Stadt ist die SVP auch hier der Überzeugung, dass diese Investitionen kritisch hinterfragt werden sollten und beantragt eine Kürzung um 284 000 Franken. Wie bereits bei Antrag 180 sollten auch hier Investitionen in neue Geräte und Fahrzeuge nur in absolut notwendigen Fällen vorgenommen werden. Wir sind der Meinung, dass die Investitionen nicht ausreichend belegt werden können.

Tamara Lauber (FDP): Die FDP beantragt eine Streichung von 100 000 Franken. Auf gewisse Investitionen kann verzichtet werden oder sie können allenfalls später ausgeführt werden.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Mehrheit der RPK findet es sinnvoll, diese Ersatzbeschaffungen vorzunehmen, gerade zum Beispiel bei den Wohnungen beim Schlachthofareal oder bei neuen Geräten für Emissionsmessungen.

S. 244	30 3045 3111 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
190.	Antrag Stadtrat			284 500	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		284 500		0	Minderheit 1	Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP)
		100 000		184 500	Minderheit 2	Urs Schmid (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP)
		Begründung: FDP: Neuinvestitionen verschieben; SVP: Notwendigkeit der Investitionen nicht belegt				

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(284 500)	77 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	24 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(184 500)	<u>24 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 191.

S. 245	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz			
	3170 0000	Reise- und Spesenentschädigungen des Personals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
191.	Antrag Stadtrat			128 500	
		30 000		98 500	Zustimmung
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung Walter Angst (AL)
		Begründung: Fr. 10 000 mehr als im Budget 2013 müssen reichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 124 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 192.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass beim Konto Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter eine Einsparung von 4 bis 5 % möglich ist.

Dr. Daniel Regli (SVP): Wir beantragen eine Kürzung um 800 000 Franken. Das ist ein Drittel dieses Postens von 2,4 Millionen Franken für Energie-Coaching, Umweltkommunikation, Beratungen und Ähnliches.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Es geht hier unter anderem um den Ökokompass, Energie-Coaching, Lärmschutz oder Wärme- und Kälteverbünde. Wir beantragen, hier keine Kürzung vorzunehmen.

S. 245	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz			
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
192.	Antrag Stadtrat			2 452 200	Minderheit 1
		800 000		1 652 200	Minderheit 2
		100 000		2 352 200	Mehrheit
					Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Walter Angst (AL) Dr. Daniel Regli (SVP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: GLP/SP: Reduktion von Kampagnen und externer Beratung;
SVP/FDP: Weniger externe Aufträge aufgrund des Ökohypes vergeben

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(2 352 200)	63 Stimmen
Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(2 452 200)	20 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(1 652 200)	<u>39 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 203, Protokoll-Nr. 4564/2013).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 13. Dezember 2013, 20.30 Uhr.